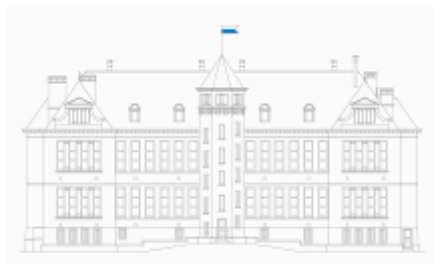


# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

---

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

### **KOMMISSION LEGT STRATEGIE DER EU FÜR DEN DONAURAUM VOR**

Die Kommission hat eine Mitteilung über eine Strategie der EU für den Donauraum vorgelegt, die auch einen Vorschlag für einen Aktionsplan mit konkreten Projekten enthält, den der Europäische Rat unter ungarischer Ratspräsidentschaft bis Juni 2011 annehmen will. Regionalkommissar *Hahn* will damit das Entwicklungspotential des Donauraums mit seinen 115 Mio. Bürgern in 14 Ländern, darunter acht EU-Staaten, mobilisieren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1687&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/cooperation/danube/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperation/danube/index_en.htm)

### **BARROSO MIT FORTSCHRITTEN BEIM BÜROKRATIEABBAU ZUFRIEDEN**

Kommissionspräsident *Barroso* hat das aktualisierte Aktionsprogramm zur Verringerung der Verwaltungslasten in der EU vorgestellt. Nach einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der Hochrangigen Gruppe für Bürokratieabbau, Ministerpräsident a.D. *Dr. Stoiber*, betonte *Barroso*, die von Rat und EP angenommenen Vorschläge reduzierten die Bürokratielasten um 21,8 %. Vorschläge mit einem Potenzial zur Reduzierung von weiteren 9,3 % seien anhängig. Von großer Bedeutung sei deren Umsetzung. Deshalb habe er die *Stoiber*-Gruppe bis Ende 2011 um einen Bericht zum Bürokratieabbau in den Mitgliedstaaten gebeten.

[http://ec.europa.eu/enterprise/policies/better-regulation/administrative-burdens/files/abr\\_ap\\_pr\\_ip10-1670\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/enterprise/policies/better-regulation/administrative-burdens/files/abr_ap_pr_ip10-1670_en.pdf)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/654&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

[http://ec.europa.eu/enterprise/policies/better-regulation/administrative-burdens/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/policies/better-regulation/administrative-burdens/index_de.htm)



Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

### **RAT ÜBER INFORMATIONSAUSTAUSCH ZU STRASSENVERKEHRS- DELIKTEN EINIG**

Der Verkehrsministerrat hat sich über die Richtlinie zur grenzübergreifenden Durchsetzung von Verkehrssicherheitsvorschriften geeinigt. Damit soll der Austausch von Fahrzeug- und Halterdaten zwischen den Mitgliedstaaten bei acht Arten von Verkehrsverstößen geregelt werden. Deutschland konnte eine klarstellende Klausel durchsetzen, wonach der Deliktstaat die aus dem Zulassungsstaat übermittelten Daten zur Ermittlung der für das Verkehrsdelikt verantwortlichen Person verwendet. Sie soll verhindern, dass deutsche KFZ-Besitzer wegen mit ihrem Fahrzeug im Ausland begangenen Delikten ohne Nachweis, dass sie das Fahrzeug gefahren haben, nach der in Deutschland unzulässigen Halterhaftung belangt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/634&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=de>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1646&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/719&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **RAT JUSTIZ UND INNERES AM 02./03.12.2010: INNENPOLITIK**

- Erneute Debatte zur Asylpolitik – EVP legt Positionspapier vor
- Sicherheit im Bereich Luftfracht soll verbessert werden
- Verhandlungsmandate für PNR-Abkommen mit Australien, Kanada und den USA erteilt
- Verhandlungsmandat für EU-US-Datenschutzabkommen erteilt
- Einigung über EU-Agentur zur Verwaltung von SIS, VIS und EURODAC – geteilter Sitz in Tallinn und Straßburg

### **INSTITUTIONEN ÜBER EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE EINIG – VERORDNUNG SOLL NOCH 2010 FÖRMLICH ANGENOMMEN WERDEN**

Das EP, der Rat und die Kommission haben sich über den Wortlaut der von der Kommission vorgeschlagenen Verordnung über die Europäische Bürgerinitiative geeinigt. Damit könnten ab Anfang 2012 Initiativen, die die Unterstüt-



zung von mindestens 1 Mio. Unionsbürgern „aus einer erheblichen Anzahl von Mitgliedstaaten“ benötigen, eingereicht werden. Bei erfolgreichen Begehren muss die Kommission Vorschläge zu ihrer Umsetzung vorzulegen.

### **NIEDERLÄNDER WIRD ERSTER LEITER DES EUROPÄISCHEN UNTERSTÜTZUNGSBÜROS FÜR ASYLFRAGEN (EASO)**

Der Verwaltungsrat des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen hat den Abteilungsleiter für Gesetzgebung, internationale Fragen und Einwanderung im niederländischen Justizministerium, *Rob Visser*, zum ersten Exekutivdirektor gewählt. Das EASO soll in Kürze seine Arbeit aufnehmen und bis Juni 2011 voll funktionsfähig sein.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1610&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/688&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **KRISTALINA GEORGIEVA ZUR „EUROPÄERIN DES JAHRES“ GEWÄHLT**

Die Leser der Wochenzeitung „European Voice“ haben die für internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz zuständige bulgarische Kommissarin *Kristalina Georgieva* zur Europäerin des Jahres 2010 gewählt. *Georgieva* war Hauptrednerin der Veranstaltung „Neue Wege im EU-Bevölkerungsschutz“, zu der Innenminister *Joachim Herrmann* und das Bundesinnenministerium am 09.11.2010 in die Bayerischen Vertretung Brüssel einluden.

<http://www.europeanvoice.com/article/2010/11/georgieva-named-european-of-the-year/69583.aspx>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

### **JI-RAT AM 02./03.12.2010 IN BRÜSSEL**

- Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung von Menschenhandel und zum Opferschutz kurz vor dem Abschluss

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st17/st17201.de10.pdf>

- Allgemeine Ausrichtung der Richtlinie zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie



<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st16/st16958.de10.pdf>

- Allgemeine Ausrichtung über die Richtlinie zur Belehrung im Strafverfahren

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/10/st16/st16858.en10.pdf>

- Stillstand bei der Europäischen Ermittlungsanordnung

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st16/st16868.de10.pdf>

- ROM III-Verordnung kommt

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st17/st17046.de10.pdf>

### **WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRAT: EU-PATENT AUF DEM WEG DER VERSTÄRKTEN ZUSAMMENARBEIT**

Auf dem Wettbewerbsfähigkeitsrat am 25./26.11.2010 in Brüssel kam erneut keine Einstimmigkeit zum Sprachenregime für das EU-Patent zustande. Daraufhin erklärten sieben Mitgliedsstaaten sich bereit, einen förmlichen Antrag zur Einleitung des Verfahrens der verstärkten Zusammenarbeit zu stellen. Das Thema wird auf dem WBF-Rat am 10.12.2010 nochmals umfassend behandelt werden.

### **VERBRAUCHERSCHUTZ: LEBENSMITTELKENNZEICHNUNG IM EPSCORAT**

Der Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ (EPSCO) beschloss mit qualifizierter Mehrheit eine politische Einigung über den Entwurf einer Verordnung betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel. Das Gesetzgebungsverfahren muss nunmehr in zweiter Lesung fortgesetzt werden.

### **ENTSCHÄDIGUNGSANSPRUCH BEI BUSFERNREISEN**

Im Vermittlungsverfahren zwischen Rat und EP wurde am 30.11.2010 ein Kompromiss bei den Passagierrechten im Busverkehr gefunden. Busreisende bekommen danach ein Recht auf Versorgung und Entschädigung, wenn ihr Bus ausfällt oder sich deutlich verspätet – allerdings nur bei Reisen ab 250 Kilometern.

### **KONSULTATION ZUR VERGLEICHBARKEIT VON ANLAGEPRODUKTEN**

Die Kommission prüft Wege, wie Geldanlagen möglichst einheitlich beschrieben werden können, damit Anleger sie leichter miteinander vergleichen können.



nen. Dies ist das Ziel der sog. PRIPS-Initiative (Packaged Retail Investment Products). Es besteht die Möglichkeit, sich bis zum 31.01.2011 an der Konsultation zu beteiligen.

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/2010/prips\\_en.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2010/prips_en.htm)

### **KONSULTATION ZU MINDESTSTRAFEN BEI FINANZKRIMINALITÄT**

Verstöße gegen die EU-Finanzmarktgesetzgebung sollen künftig in allen Mitgliedstaaten nach den gleichen Standards geahndet werden. Die Konsultation fragt daher nach der Einführung zivil- aber auch strafrechtlicher Mindeststandards. Sie läuft bis zum 19.02.2011.

Die Konsultation ist abrufbar unter

[Markt-sanctions-consultation@ec.europa.eu](mailto:Markt-sanctions-consultation@ec.europa.eu)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1678&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

### **RETTUNGSPAKET FÜR IRLAND**

Am 28.11.2010 haben sich die Eurogruppe und der ECOFIN-Rat auf ein Hilfspaket für Irland verständigt. Insgesamt umfasst das Rettungspaket für Irland 85 Mrd. €. Davon soll Irland 35 Mrd. € zur Unterstützung seines Bankensektors und 50 Mrd. € zur Abdeckung des sonstigen Finanzbedarfs im Staatshaushalt verwenden. Die Mittel werden wie folgt aufgebracht:

- 17,5 Mrd. € eigener Beitrag Irlands (aus der vorhandenen Barreserve der irischen Staatskasse sowie aus dem Nationalen Pensionsfonds)
- 22,5 Mrd. € Beitrag des IWF
- 22,5 Mrd. € Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM)
- 17,7 Mrd. € Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)
- 3,8 Mrd. € bilaterales Darlehen des Vereinigten Königreichs
- 0,6 Mrd. € bilaterales Darlehen von Schweden
- 0,4 Mrd. € bilaterales Darlehen von Dänemark

Grundlage für die Finanzhilfen ist ein von IWF und Kommission mit der irischen Regierung ausgearbeitetes Konsolidierungs- und Reformprogramm. Dieses Programm beruht auf drei Säulen: unverzügliche Stärkung sowie umfassende Neustrukturierung des irischen Bankensektors; ehrgeiziges fiskalisches Konso-



lidierungsprogramm, um das Defizit bis 2015 wieder auf unter 3 % zu senken; Strukturreformen, insbesondere Arbeitsmarktreformen, um das Wirtschaftswachstum in Irland zu erhöhen.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/118051.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/118051.pdf)

### **PERMANENTER KRISENBEWÄLTIGUNGSMECHANISMUS FÜR DEN EURORAUM**

Die Eurogruppe hat sich am 28.11.2010 auf die Grundzüge für einen Europäischen Stabilitätsmechanismus („European Stability Mechanism“, ESM) verständigt. Wesentliches Element des ESM ist die fallweise Einbeziehung der Gläubiger aus dem Privatsektor. Sollte sich ein Mitgliedstaat als zahlungsunfähig erweisen, muss dieser mit seinen privaten Gläubigern einen umfassenden Restrukturierungsplan aushandeln. Hierzu sollen ab Mitte 2013 standardisierte Umschuldungsklauseln („Collective Action Clauses“; CAC) in alle neuen Staatsanleihen von Euro-Mitgliedstaaten aufgenommen werden. Die Gläubiger könnten dann bei Insolvenz eines Mitgliedstaates durch qualifizierten Mehrheitsbeschluss eine Änderung der Zahlungsbedingungen beschließen (Laufzeitverlängerung der Staatsanleihen, Zinsermäßigung oder teilweiser Forderungsverzicht). Sollte damit die Tragfähigkeit der Schulden eines Mitgliedstaats wiederhergestellt werden können, kann der ESM Liquiditätshilfen gewähren. Grundlage für den ESM soll der EFSF sein, der bisher ein Gesamtvolumen von 440 Mrd. € hat. Zum möglichen Umfang des neuen ESM wurden allerdings noch keine Aussagen gemacht. Derzeit werden konkrete Vorschläge für die zur Einrichtung des permanenten Krisenbewältigungsmechanismus notwendigen Vertragsänderungen erarbeitet. Der ER wird sich mit dem permanenten Krisenbewältigungsmechanismus auf seiner kommenden Sitzung am 16./17.12.2010 befassen.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/118050.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/118050.pdf)

### **WESENTLICHE ERGEBNISSE DES ECOFIN-RATES VOM 07.12.2010**

Der Rat hat eine politische Einigung über die Überarbeitung der Richtlinie über die gegenseitige Amtshilfe zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten im Bereich der Besteuerung erzielt. Durch die Richtlinie sollen alle Arten der Verwaltungszusammenarbeit, insbesondere der automatische



Informationsaustausch verbessert werden. Der Informationsaustausch auf Ersuchen orientiert sich künftig am OECD-Musterabkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung von Einkommen und Vermögen. Damit wird sichergestellt, dass ein Mitgliedstaat die Lieferung von Informationen über Steuerzahler eines anderen Mitgliedstaates nicht mehr allein unter Berufung auf das Bankgeheimnis verhindern kann.

Der Rat hat Schlussfolgerungen zu den Überlegungen der Kommission zur Einrichtung eines Krisenmanagements im Finanzsektor und zur Bankabgabe getroffen. Da sich die Ansätze der Mitgliedstaaten, die derzeit Bankabgaben einführen bzw. solche schon eingeführt haben, in Bezug auf Anwendungsbereich, Bemessungsgrundlage und Abgabensatz teils beträchtlich unterscheiden, hält der Rat kurzfristig eine Koordinierung und ggf. den Abschluss bilateraler Vereinbarungen zwischen den Mitgliedstaaten für erforderlich, um Wettbewerbsverzerrungen und Doppelbelastungen für international tätige Finanzinstitute zu vermeiden.

Kommissar *Rehn* teilte in der Pressekonferenz mit, dass derzeit eine neue Runde von Bankenstresstests vorbereitet werde. Begonnen werden soll mit den Stresstests im Februar 2011. Diese sollen – gestützt auf das neue europäische Finanzaufsichtssystem – strenger und umfassender ausfallen als die letzten Stresstests und sich insbesondere auch mit Liquiditätsfragen auseinandersetzen.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/118290.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/118290.pdf)

#### **GRÜNBUCH DER KOMMISSION ZUR ZUKUNFT DER MEHRWERTSTEUER**

Die Kommission hat am 01.12.2010 ein Grünbuch zur Zukunft des Mehrwertsteuerrechts veröffentlicht. Damit soll im Rahmen einer bis 31.05.2011 laufenden Konsultation eine breite öffentliche Debatte über die Zukunft des Mehrwertsteuersystems gestartet werden. Ein zentrales Thema ist die mehrwertsteuerliche Behandlung grenzüberschreitender Umsätze im Binnenmarkt (Ursprungslandprinzip oder Bestimmungslandprinzip). Weitere Themen der Konsultation sind u.a. die Vereinfachung und Entbürokratisierung des Mehrwertsteuerrechts, der Anwendungsbereich der Mehrwertsteuer (insbesondere Behandlung öffentlicher Einrichtungen), die Überprüfung der bestehenden Mehrwertsteuerbefreiungen und die Harmonisierung der Mehrwertsteuersätze.

[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/resources/documents/common/consultati](http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/common/consultati)





[ons/tax/future\\_vat/com\(2010\)695\\_de.pdf](#)

## **HERBSTPROGNOSE DER KOMMISSION ZUR WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG IN DER EU**

Die Kommission hat am 29.11.2010 ihre Herbstprognose zur wirtschaftlichen Entwicklung in der EU veröffentlicht. Im Euroraum beträgt das Wirtschaftswachstum 2010 1,7 %, 2011 1,5 % und 2012 1,8 %. Das öffentliche Defizit im Euroraum wird auch in den kommenden Jahren deutlich über 3 % des BIP liegen (2010: 6,3 %; 2011: 4,6 %; 2012: 3,9 %). Die höchsten öffentlichen Defizite im Euroraum haben in den nächsten Jahren Irland (2010: 32,3 %; 2011: 10,3 %; 2012: 9,1 %) und Griechenland (2010: 9,6 %; 2011: 7,4 %; 2012: 7,6 %). Der Schuldenstand im Euroraum wird in den nächsten Jahren ebenfalls weiter ansteigen (2010: 84,1 % des BIP; 2011: 86,5 %; 2012: 87,8 %). Der Schuldenstand von Griechenland beträgt 2011 bereits über 150 % des BIP. Einen Schuldenstand über 100 % des BIP weisen im Jahr 2011 zudem Italien (120,2 %), Irland (107 %) und Belgien (100,5 %) auf. Portugal liegt 2011 bei 88,8 %, Deutschland bei 75,9 %.

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/european\\_economy/2010/pdf/ee-2010-7\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2010/pdf/ee-2010-7_en.pdf)

## **KONSULTATION ZUR ÜBERARBEITUNG DER MIFID-RICHTLINIE**

Die Kommission hat am 08.12.2010 eine Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (sog. „MiFID-Richtlinie“) eingeleitet. Mit der MiFID-Richtlinie, die mit Wirkung zum 01.11.2007 in allen Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt werden musste, sollten Anlagedienstleistungen stärker harmonisiert, der Anlegerschutz verbessert, die Transparenz der Finanzmärkte erhöht und die Integrität der Finanzdienstleister erhöht werden. Die Kommission hält inzwischen eine umfassende Überarbeitung der Richtlinie für notwendig, weil sich die Finanzmärkte inzwischen deutlich verändert haben (neue Arten von Handelsplätzen, neue Produkte, technologische Entwicklungen z.B. der Hochfrequenzhandel). Zentrale Themen der Konsultation sind u.a. die Verbesserung des Funktionierens der Warenderivatemarkte und die Eindämmung der Volatilität der Rohstoffpreise (z.B. im Agrarsektor). Die Konsultation läuft bis 02.02.2011. Auf der Grundlage des Ergebnisses der Konsultation wird die Kommission voraussichtlich im Frühjahr 2011 Legislativvorschläge annehmen und gleichzeitig eine umfassende Folgenabschätzung



vorlegen.

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/2010/mifid\\_en.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2010/mifid_en.htm)

### **KONSULTATION ZUR SANKTIONIERUNG VON VERSTÖßEN GEGEN VORSCHRIFTEN DER FINANZMARKTREGULIERUNG**

Die Kommission hat am 08.12.2010 eine Mitteilung vorgelegt, in der sie Mindeststandards für die Sanktionierung von Verstößen gegen EU-Vorschriften der Finanzmarktregulierung sowie gegen darauf beruhendes nationales Umsetzungsrecht vorschlägt. Derzeit sind die Sanktionsregelungen der einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich. Zudem habe sich in der Finanzkrise gezeigt, dass die Finanzmarktvorschriften EU-weit nicht immer eingehalten und ordnungsgemäß angewandt werden. Die Kommission zeigt vor diesem Hintergrund Verbesserungsmöglichkeiten auf und unterbreitet Vorschläge für konvergentere, strengere und wirksamere Sanktionsregelungen. Die Konsultation zu den Vorschlägen läuft bis zum 19.02.2011. Nach Auswertung der Ergebnisse wird die Kommission über mögliche Legislativvorschläge entscheiden.

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/2010/sanctions\\_en.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2010/sanctions_en.htm)

### **KONSULTATION ZU ANLAGEPRODUKTEN FÜR KLEINANLEGER (PRIIPS)**

Die Kommission hat am 26.11.2010 eine Konsultation zur Umsetzung der Initiative zu Anlageprodukten für Kleinanleger (Packaged Retail Investment Products, PRIIPs) eingeleitet. Dabei geht inhaltlich insbesondere um die Transparenz und Vergleichbarkeit von Anlageprodukten sowie um Verkaufsbedingungen. Ein weiterer Teil der Konsultation betrifft die möglichen Wege der legislativen Umsetzung. Die Konsultationsfrist läuft bis zum 31.01.2011.

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/2010/priips\\_en.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2010/priips_en.htm)

### **MITTEILUNG DER KOMMISSION ZUR ELEKTRONISCHEN RECHNUNGSSTELLUNG**

Die Kommission hat am 02.12.2010 eine Mitteilung zur elektronischen Rechnungsstellung („Die Vorteile der elektronischen Rechnungsstellung nutzen“) veröffentlicht, die auch Bezüge zum Mehrwertsteuerrecht aufweist. Die elektronische Rechnungsstellung soll bis 2020 in Europa zur vorherrschenden Fakturierungsmethode werden. Die Kommission verspricht sich dadurch Vorteile



für Unternehmen wie geringere Zahlungsverzögerungen sowie niedrigere Druck- und Portokosten. Ab 01.01.2013 müssen die Mitgliedstaaten nach den neuen Mehrwertsteuervorschriften für die elektronische Rechnungsstellung beleg hafte und elektronische Rechnungen grundsätzlich gleichstellen. Die Mitgliedstaaten dürfen dann keine zusätzlichen Anforderungen mehr stellen. Im Vorgriff auf diese Regelung ruft die Kommission die Mitgliedstaaten auf, schon jetzt zu gestatten, dass Rechnungen im Sinne von Art. 233 der aktuellen Mehrwertsteuersystemrichtlinie „auf andere Weise elektronisch“ übermittelt und bereitgestellt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1645&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/payments/docs/invoicing/com712\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/payments/docs/invoicing/com712_de.pdf)

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/payments/docs/invoicing/c8467\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/payments/docs/invoicing/c8467_de.pdf)

#### **KOMMISSION VERLÄNGERT VORÜBERGEHENDEN BEIHILFERAHMEN FÜR DIE WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE**

Die Kommission hat am 01.12.2010 entschieden, die krisenbedingten Beihilfenvorschriften zur Unterstützung des Finanzsektors sowie den vorübergehenden Rahmen, mit dem Unternehmen die Kapitalaufnahme erleichtert wird, bis zum 31.12.2011 zu verlängern. Diese Sondervorschriften waren Ende 2008/Anfang 2009 als Reaktion auf die Finanzkrise eingeführt worden. Für den Finanzsektor gelten bereits seit Juli 2010 strengere Auflagen für die Vergabe neuer staatlicher Garantien. Ab 01.01.2011 müssen alle Banken in der EU, die staatliche Unterstützung in Form von Kapital oder Entlastungsmaßnahmen für wertgeminderte Vermögenswerte erhalten, einen Umstrukturierungsplan vorlegen. Bisher galt dies nur für notleidende Banken. Im Übrigen wird auf den Beitrag des StMWIVT verwiesen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1636&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

#### **KONSULTATIONEN IM VERSICHERUNGSBEREICH**

Die Kommission hat am 26.11.2010 eine Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie über Versicherungsvermittlung eingeleitet. Ziel der Richtlinie ist die Stärkung des Verbraucherschutzes und die Gewährleistung der Professionalität und Kompetenz von Versicherungsvermittlern. Im Zuge der anstehenden Überarbeitung sollen u.a. folgende Probleme angegangen werden: Informa-



tionsdefizite der Verbraucher, Interessenkonflikte und Transparenz, Klarstellung des Anwendungsbereichs der Richtlinie, Begrenzung des Verwaltungsaufwands insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen. Die Konsultation läuft bis 31.01.2011.

Daneben hat die Kommission eine Konsultation über die Durchführungsmaßnahmen der Stufe 2 für die Richtlinie 2009/138/EG betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II) gestartet. Ziel von Solvabilität II ist, die heutigen Solvabilitätsvorschriften (Eigenmittelanforderungen) für Versicherungsunternehmen zu einem risikoorientierten Finanzaufsichtssystem weiterzuentwickeln. Die Konsultation läuft bis 26.01.2011.

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/2010/insurance-mediation\\_en.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2010/insurance-mediation_en.htm)

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/2010/solvency-2\\_en.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2010/solvency-2_en.htm)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

#### **KOMMISSION LEGT MITTEILUNG ZUR DONAUSTRATEGIE VOR**

Die Kommission hat am 09.12.2010 die Mitteilung zur Donaustrategie vorgestellt. Sie wird ergänzt durch einen Aktionsplan mit konkreten Projekten für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Donauraum. Allerdings wird der Aktionsplan nicht als abschließende Liste verstanden, sondern als weiter zu entwickelnde Beispielsammlung. Der Formulierung dieser endgültigen Fassung geht ein längerer Konsultationsprozess voraus, an dem sich auch die bayerische Staatsregierung beteiligt hat.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1687&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

#### **KOMMISSION VERLÄNGERT VORÜBERGEHENDEN BEIHILFERAHMEN FÜR DIE WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE, ABER MIT STRENGEREN BEDINGUNGEN**

Die Kommission hat am 01.12.2010 beschlossen, die krisenbedingten Beihilfenvorschriften zur Unterstützung des Finanzsektors sowie den vorübergehenden Rahmen, mit dem Unternehmen die Kapitalaufnahme erleichtert wird, bis zum 31.12.2011 zu verlängern (es handelt sich um zwei verschiedene Mitteilun-



gen).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1636&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **POLITISCHE EINIGUNG ÜBER VERORDNUNG ÜBER DIE RECHTE VON PASSAGIEREN IM OMNIBUSVERKEHR**

Im Vermittlungsausschuss haben sich EP, Kommission und Rat am 30.11.2010 auf eine Verordnung über Rechte von Buspassagieren geeinigt. Sie gibt ihnen bei Busfernverkehrsreisen über eine Distanz von über 250 km Ansprüche ähnlich denen von Flug-, Bahn- oder Schiffsreisen, etwa bei großen Verspätungen, Absagen oder Überbuchungen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=PRES/10/329&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **KOMMISSION SCHLÄGT REGELUNGEN ZUR VERHINDERUNG VON MISSBRAUCH IM GAS- UND STROMBEREICH VOR**

Am 08.12.2010 hat die Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung über die Verhinderung von Marktmissbrauch im Strom- und Gasbereich vorgelegt. Die Verordnung soll für Markttransparenz sorgen, indem Energiegroßhändler zur Einhaltung bestimmter Marktregeln verpflichtet werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1676&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **KONSULTATION ZUR ÜBERARBEITUNG DER MIFID-RICHTLINIE**

Die Kommission hat am 08.12.2010 eine Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID, Richtlinie 2004/39/EG) eingeleitet. Dabei geht es insbesondere um die Anpassung der Richtlinie an die seit Inkrafttreten im Jahre 2007 aufgetretenen neuen Akteure (z.B. neue Arten von Handelsplätzen), neuen Produkte und an technologische Entwicklungen (wie beispielsweise der Hochfrequenzhandel).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1676&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



## **KOMMISSION KONSULTIERT ZU VORSCHLÄGEN FÜR DIE SANKTIONIERUNG VON VERSTÖßEN GEGEN VORSCHRIFTEN DER FINANZMARKTREGULIERUNG**

Die Kommission hat am 08.12.2010 eine Mitteilung vorgelegt, in der sie Mindeststandards für die Sanktionierung von Verstößen gegen EU-Vorschriften der Finanzmarktregulierung sowie gegen darauf beruhendes nationales Umsetzungsrecht vorschlägt. Sie stellt darin fest, dass derzeit die Regelungen von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat sehr unterschiedlich seien und fürchtet daher um die Effektivität des Sanktionsregimes zur Durchsetzung des Unionsrechts in diesem Bereich.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1678&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/2010/sanctions\\_en.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2010/sanctions_en.htm)

## **KONSULTATIONEN IM VERSICHERUNGSBEREICH**

Die Kommission hat am 26.11.2010 eine Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie über Versicherungsvermittlung eingeleitet. Ziel der Richtlinie ist die Stärkung des Verbraucherschutzes und die Gewährleistung der Professionalität und Kompetenz von Versicherungsvermittlern. Im Zuge der anstehenden Überarbeitung sollen u.a. folgende Probleme angegangen werden: Informationsdefizite der Verbraucher, Interessenkonflikte und Transparenz, Klarstellung des Anwendungsbereichs der Richtlinie, Begrenzung des Verwaltungsaufwands insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen. Die Konsultation läuft bis 31.01.2011.

Daneben hat die Kommission eine Konsultation über die Durchführungsmaßnahmen der Stufe 2 für die Richtlinie 2009/138/EG betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II) gestartet. Ziel von Solvabilität II ist es, die heutigen Solvabilitätsvorschriften (Eigenmittelanforderungen) für Versicherungsunternehmen zu einem risikoorientierten Finanzaufsichtssystem weiterzuentwickeln. Solvabilität II zielt auf Änderungen des derzeit geltenden Aufsichtsrechts in drei Bereichen (Quantitative Anforderungen; Qualitative Anforderungen und Aufsicht; Markttransparenz). Die Konsultation läuft bis 26.01.2011.

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/2010/insurance-mediation\\_en.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2010/insurance-mediation_en.htm)

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/2010/solvency-2\\_en.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2010/solvency-2_en.htm)



### **KONSULTATION ZU ANLAGEPRODUKTEN FÜR KLEINANLEGER (PRIPS)**

Die Kommission hat am 26.11.2010 eine Konsultation zur Umsetzung der Initiative zu Anlageprodukten für Kleinanleger (Packaged Retail Investment Products, PRIPs; es handelt sich um eine Mitteilung vom 30.04.2009), eingeleitet. Dabei geht inhaltlich insbesondere um die Transparenz und Vergleichbarkeit von Anlageprodukten sowie um Verkaufsbedingungen. Ein weiterer Teil der Konsultation betrifft die möglichen Wege der legislativen Umsetzung.

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/2010/prips\\_en.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2010/prips_en.htm)

### **KOMMISSION STARTET WEITERE INITIATIVEN DER DIGITALEN AGENDA: ELEKTRONISCHE RECHNUNGSSTELLUNG UND EUROPAWEITE TELEFONNUMMERN FÜR UNTERNEHMEN**

Die Kommission hat weitere Initiativen im Rahmen der Digitalen Agenda gestartet. Am 29.11.2010 hat die Kommission (Vizepräsident *Tajani* und Kommissar *Barnier*) eine Mitteilung vorgelegt, in der sie verschiedene Maßnahmen zur Einführung und Förderung elektronischer Rechnungen in Europa ankündigt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1645&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=de>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1664&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

### **ERGEBNISSE DES AGRARRATS AM 29.11.2010 IN BRÜSSEL**

Auf dem Agrarrat am 29.11.2010 wurden Fischerei- und Landwirtschaftsthemen besprochen. Im Bereich Landwirtschaft tauschten die Agrarminister erstmals ihre Meinungen über die Mitteilung der Kommission zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 aus. Der Rat konnte keine Mehrheit für oder gegen die Aufnahme des Pestizids 1,3-Dichlorpropan in die Positivliste der in EU-Pflanzenschutzmitteln zugelassenen Wirkstoffe erzielen. Damit liegt die Entscheidungsbefugnis über die Zulassung nun bei der Kommission. Außerdem wurden die Agrarminister von Agrarkommissar *Cioloş* und der belgischen Ratspräsidentschaft über aktuelle agrarpolitische Themen informiert.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/agricult/1](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/1)



[18091.pdf](#)

### **EP-AGRARAUSSCHUSS DISKUTIERT GAP NACH 2013**

In der Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des EP am 01.12.2010 wurde über die Mitteilung der Kommission zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 diskutiert. Wesentliche Diskussionspunkte waren die Notwendigkeit der Vereinfachung und die Vermeidung zusätzlicher Bürokratie, u.a. durch die von der Kommission vorgeschlagenen Umweltkomponenten, die klare Abgrenzung der zwei Säulen der Agrarpolitik, die Definition des „aktiven Landwirts“, Maßnahmen in Bezug auf die Preisvolatilität und die Förderung von Junglandwirten.

### **KOMMISSION ZUR ABSATZFÖRDERUNG FÜR AGRARERZEUGNISSE**

Ko-finanzierte Programme verschiedener Mitgliedstaaten zur Vermarktung von EU-Agrarprodukten sollten stärker aufeinander abgestimmt werden. Eine Ausrichtung auf die Eigenheiten aufstrebender Märkte könne den Produzenten in der EU maßgebliche Vorteile bringen. Dies geht aus einem 16-seitigen Kommissionsbericht vom 25.11.2010 hervor, der die Funktionsweise der EU-Vermarktungsmaßnahmen zwischen 2006 und der ersten Jahreshälfte 2010 beleuchtet und deren steigende Bedeutung betont. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, die Auswahl, Überwachung und Prüfung der Programme zu verbessern. Die Kommission erkennt an, dass der derzeitige Prozess zur Genehmigung ko-finanzierter Programme eher umständlich sei.

[http://ec.europa.eu/agriculture/prom/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/prom/index_de.htm)

### **KOMMISSIONSDOKUMENT ZUR BIENENGESUNDHEIT ANGENOMMEN**

Die Kommission hat am 06.12.2010 eine Reihe von spezifischen Maßnahmen vorgestellt, um die Gründe für die in verschiedenen Ländern der Welt auftretende erhöhte Bienensterblichkeit besser zu erforschen. Bisher konnten wissenschaftliche Studien weder die Ursache noch das genaue Ausmaß des Problems ermitteln. Die Bienenzucht ist in der EU weit verbreitet: Es gibt etwa 700.000 Imker von denen die Mehrzahl die Imkerei allerdings als Hobby betreibt. *John Dalli*, Kommissar für Gesundheit und Verbraucherpolitik erklärte: „Die heute angenommene Mitteilung wird die Diskussion zur Bienengesundheit mit allen interessierten Kreisen verbessern und könnte den Weg für mehr EU-Maßnahmen ebnen“.





Die Mitteilung und weitere Informationen zum Thema finden sich unter:

[http://ec.europa.eu/food/animal/liveanimals/bees/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/food/animal/liveanimals/bees/index_en.htm)

### **REFLEXIONSTAG ZUM EU-SCHWEINEFLEISCHSEKTOR AM 03.12.2010 IN BRÜSSEL**

Am 03.12.2010 fand im Flämischen Parlament in Brüssel ein Reflexionstag zum Thema „Der Schweinefleischsektor bis 2020“ statt. Zu den Schlussfolgerungen des von der belgischen Ratspräsidentschaft organisierten Treffens zählen: Eine aufgeschlosseneren Haltung gegenüber neuen Technologien, weitere Marktmaßnahmen, bessere Organisation der Schweinefleischerzeuger und verstärkte Investitionen in Vermarktungs- und Exportmaßnahmen. Es wurde auch die Notwendigkeit angesprochen, Einkommensvolatilitäten zu begegnen, zum Beispiel mit Hilfe von Investmentfonds oder Versicherungssystemen.

### **VERKAUF VON GETREIDE AUS DER INTERVENTION**

Nach der Entscheidung des Verwaltungsausschusses zum Verkauf von Getreide am 25.11.2010 wurden über 223.000 t Getreide aus der Intervention verkauft – 185.136 t Gerste und 38.267 t Weizen. Verkauft wurde Gerste aus den Interventionsbeständen Deutschlands (86.883 t zu 179 €/t), Finnlands (34.945 t zu 173 €/t) und Litauens (32.560 t zu 172,20 €/t) sowie Weizen aus den Beständen Tschechiens (19.971 t zu 209 €/t) und Finnlands (13.878 t zu 183 €/t). Die nächsten Interventionsverkäufe sind für den 09.12.2010 und 16.12.2010 geplant. Beim selben Verwaltungsausschusstreffen betonten Beamte der Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, dass ein Anheben der Höchstgrenze für Exporte von Nicht-Quoten-Zucker um 350.000 t auf 1 Mio. t nicht dringend notwendig sei. Die Mitgliedstaaten wiesen darauf hin, dass es besser sei, noch Januar/Februar 2011 abzuwarten, wenn über Produktionsniveaus und Handelsflüsse präzisere Daten verfügbar seien.

### **POLITISCHE EINIGUNG ÜBER LEBENSMITTELINFORMATIONSV- VERORDNUNG**

Die Minister erzielten beim Rat für „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ am 06./07.12.2010 in Brüssel mit qualifizierter Mehrheit, einschließlich Deutschland, eine politische Einigung über den Entwurf einer Verordnung betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel. Dabei soll sich die Verpflichtung zur Nährwertkennzeichnung neben den



Gehalten von Fett, gesättigten Fettsäuren, Kohlehydraten, Zucker und Salz auch auf den Eiweißgehalt erstrecken. Grundsätzlich müssen diese Nährwerte und der Energiegehalt eines Produktes per 100 g oder 100 ml angegeben werden, sie können zusätzlich als Prozentsatz bestimmter, festgelegter Referenzmengen ausgedrückt werden. Unter bestimmten Voraussetzungen können Lebensmittelunternehmer zusätzliche Angaben- oder Darstellungsformen verwenden (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/lisa/118258.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/118258.pdf)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

#### **BESCHÄFTIGUNGS- UND SOZIALMINISTERRAT AM 06./07.12.2010 IN BRÜSSEL: DEBATTE ZUR MUTTERSCHUTZRICHTLINIE, RENTENPOLITIK UND EUROPA 2020**

Der Beschäftigungs- und Sozialministerrat am 06./07.12.2010 in Brüssel befasste sich neben arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Rahmen der Umsetzung der Europa 2020-Strategie und des Europäischen Semesters mit der sog. Mutterschutz-Richtlinie und führte eine Debatte zur Zukunft der Rentensysteme. Zudem wurden die allgemeine Ausrichtung des Europäischen Jahrs für aktives Altern 2012 beschlossen und Ratsschlussfolgerungen u.a. zu Auswirkungen der Alterung des demographischen Wandels auf Beschäftigungspolitik, zum Abbau des geschlechtsspezifischen Lohngefälles, zur Gleichstellungsstrategie der Kommission 2010-2015, zur sozialen Dimension von Europa 2020, zu Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse sowie zu angemessenen, sicheren und langfristig finanzierbaren Renten angenommen.

[http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/en/lisa/118121.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/lisa/118121.pdf)

#### **KOMMISSION: EUROPÄISCHES JAHR DER FREIWILLIGENTÄTIGKEIT 2011 EINGELEITET**

Unter dem Motto „Mach mit beim Freiwilligendienst“ hat die Kommission am 02.12.2010 das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 eingeleitet. Damit sollen die Arbeit der freiwilligen Helfer gewürdigt und andere zum Mitmachen ermutigt werden. Zudem will die Kommission Hindernisse für die Frei-



willigentätigkeit in der EU abbauen, Freiwilligenorganisationen stärken und die Qualität der Willigentätigkeit verbessern. Weiteres Ziel ist die Sensibilisierung für den Wert und die Bedeutung von Willigentätigkeiten.

<http://www.europa.eu/volunerring>

### **CHEMIKALIENSICHERHEIT IN DER EU: ERSTE PHASE DER REACH-REGISTRIERUNG ABGESCHLOSSEN**

Die Frist für die Registrierung von häufig eingesetzten Chemikalien in der REACH-Verordnung ist am 30.11.2010 abgelaufen. Bis zu diesem Stichtag mussten in der EU krebserzeugende, erbgutschädigende und andere giftige Stoffe in dem Registrierungssystem REACH für die Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe erfasst und auf ihre Umweltgefährdung hin eingestuft werden. Nicht fristgerecht eingetragene Stoffe dürfen nun nicht mehr in der EU verkauft werden. Die Kommission bezeichnete die erste Registrierungspflicht als „Meilenstein der neuen Chemikalienpolitik“.

[http://echa.europa.eu/reach\\_de.asp](http://echa.europa.eu/reach_de.asp)

### **„EUROPASS“: ZEHN MILLIONEN EUROPÄER NUTZEN NACH ANGABEN DER KOMMISSION ONLINE-INSTRUMENT BEI STELLENSUCHE**

Nach Informationen der Kommission stützen sich mehr als zehn Millionen Europäer bei der Stellensuche auf den Online-Lebenslauf „Europass“. Rund die Hälfte der Nutzer sei jünger als 25 Jahre, teilte die Kommission am 03.12.2010 mit. „Europass“ bietet eine Formatvorlage in 26 Sprachen, mit deren Hilfe stellensuchende Arbeitnehmer ihre Kompetenzen präsentieren können.

<https://europass.cedefop.europa.eu/>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

### **KULTUSMINISTERKONFERENZ UND BILDUNGSKOMMISSARIN VASSILIOU DISKUTIEREN IN BAYERISCHER VERTRETUNG ÜBER EUROPÄISCHE BILDUNGSPOLITIK**

Die europäische Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung sowie die EU-Leitinitiative „Jugend in Bewegung“ standen im Mittelpunkt eines Gesprächs, das die Kultusministerkonferenz unter Vorsitz des Bayerischen Staatsministers *Dr. Ludwig Spaenle* mit EU-Bildungskommissarin *Androulla Vassiliou* führte.



Die Diskussion über die europäische Bildungspolitik war Teil der Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz, die am 09.12.2010 in der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU in Brüssel stattfand. In dem gut einstündigen Gespräch wies KMK-Präsident *Dr. Spaenle* gegenüber der Kommissarin u.a. auf das differenzierte und breit ausgebaute System der beruflichen Bildung in Deutschland hin. Die Kommissarin unterstrich, dass die Grundidee des dualen Systems in Deutschland, das Lernen in Betrieb und Schule miteinander zu verknüpfen, von der Kommission voll unterstützt werde. Sie zeigte sich außerdem überzeugt, dass Regionen und Kommunen eine absolute Schlüsselrolle spielen, wenn es um Europas Ziele in der allgemeinen und beruflichen Bildung gehe, und begrüßte deshalb das Engagement der deutschen Länder.

#### **ERGEBNISSE DES INFORMELLEN BILDUNGSMINISTERRATES AM 07.12.2010 IN BRÜGGE**

Auf einer Ministerkonferenz im Rahmen des Kopenhagen-Prozesses für eine stärkere europäische Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung nahmen Bildungsminister aus 33 Staaten zusammen mit Sozialpartnern und der Kommission eine Erklärung zu den gemeinsamen Prioritäten bis zum Jahr 2020 an. Dieses sog. Communiqué von Brügge ist in weiten Teilen mit den am 19.11.2010 auf dem formellen Bildungsministerrat verabschiedeten Ratschlussfolgerungen zu den Prioritäten einer verstärkten europäischen Zusammenarbeit bei der beruflichen Bildung identisch.

#### **ERGEBNISSE DER SITZUNG DER HOCHRANGIGEN GRUPPE FÜR BILDUNG UND AUSBILDUNG AM 01./02.12.2010 IN BUDAPEST**

Auf der Sitzung der Hochrangigen Gruppe für Bildung und Ausbildung, die am 01./02.12.2010 in Budapest stattgefunden hat, stellten die kommenden Ratspräsidentenschaften, allen voran Ungarn, die bildungspolitischen Prioritäten ihres jeweiligen Vorsitzes vor. Die Kommission berichtete über den aktuellen Sachstand bezüglich der Umsetzung der Kernziele der Europa 2020-Strategie in nationale Bildungsziele, stellte ihre Planungen für den Gemeinsamen Fortschrittsbericht 2012 vor und präsentierte ihre Vorschläge für Benchmarks zur Mobilität und zur Beschäftigungsfähigkeit.



Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

### **WETTBEWERBSFÄHIGKEITS-RAT AM 25./26.11.2010: WESENTLICHE ERGEBNISSE**

Der Rat der Wissenschafts- und Industrieminister beschäftigte sich am 25./26.11.2010 mit verschiedenen forschungspolitischen Kernprojekten, darunter insbesondere mit der Kommissions-Leitinitiative „Innovationsunion“ zur Vorbereitung der Sitzung des Europäischen Rats im Februar 2011. Der Rat nahm dazu ebenso Schlussfolgerungen an wie zum Sachstand bei der Gemeinsamen Programmplanung, er billigte die Kommissionsvorschläge zur Verwaltungsreform und Ausgabenkürzung beim Forschungsreaktor ITER und nahm die Erläuterungen der Kommission zur Zwischenbewertung des 7. Forschungsrahmenprogramms (siehe EB 20/2010) entgegen. Darüber hinaus gab es eine Aussprache zur Leitinitiative „Eine integrierte Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung“. Zum Abschluss stellte die künftige ungarische Ratspräsidentschaft ihre forschungspolitischen Leitlinien vor.

Ratsschlussfolgerungen zur Innovationsunion (bisher nur auf Englisch):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/intm/118028.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/intm/118028.pdf)

Ratsschlussfolgerungen zur Gemeinsamen Programmplanung (bisher nur auf Englisch):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/intm/118029.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/intm/118029.pdf)

### **OPENAIRE ERMÖGLICHT FREIEN ZUGANG ZU EU-FORSCHUNGS- ERGEBNISSEN**

Am 02.12.2010 startete im Internet die Forschungsplattform OpenAIRE, die auf eine Initiative der Kommission vom August 2008 zurückgeht. OpenAIRE soll allen Forschern, Unternehmen und Bürgern offenen Zugang zu den Ergebnissen von wissenschaftlichen Projekten ermöglichen, die durch EU-Mittel des 7. Forschungsrahmenprogramms (FRP), darunter auch des Europäischen Forschungsrates (ERC), unterstützt wurden. OpenAIRE ergänzt dabei den bisherigen Kommunikationsweg über die Plattform CORDIS, die nicht nur über Forschungsergebnisse, sondern breiter angelegt über laufende EU-Projekte und allgemeine Forschungspolitik informiert. Ziel dieser digitalen Vernetzung der Forschungsergebnisse ist die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Europas, die die Kommission durch ihre beiden Leitinitiativen „Digitale Agenda“



und „Innovationsunion“ anstrebt.

Internetplattform OpenAIRE

<http://www.openaire.eu/>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

### **ERGEBNISSE DES AGRARRATES AM 29.11.2010 IN BRÜSSEL**

Am 29.11.2010 tagte der Agrarrat in Brüssel. Auf ihrer Sitzung nahmen die Minister u.a. Ratsschlussfolgerungen zum Zweiten Fahrplan der Kommission für die TSE-Bekämpfung und zur Verbesserung des Tierschutzes bei Hunden und Katzen an. Zudem führten sie einen Meinungs austausch über eine mögliche Erhebung von Gebühren durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA). Schließlich nahm der Rat ohne Aussprache neue Regelungen zur Verbesserung der Überwachung von Humanarzneimitteln an (vgl. im Übrigen den Beitrag des StMELF in diesem EB).

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/agricult/18091.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/18091.pdf)

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/agricult/18074.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/18074.pdf)

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/agricult/18076.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/18076.pdf)

[http://eur-](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0496:FIN:DE:PDF)

[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0496:FIN:DE:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0496:FIN:DE:PDF)

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/lisa/118080.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/118080.pdf)

### **ERGEBNISSE DES RATES „BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ“ AM 06./07.12.2010 IN BRÜSSEL – BEREICH GESUNDHEIT**

Am 06./07.12.2010 tagte der Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ (EPSCO) in Brüssel (vgl. auch Beitrag des StMAS in diesem EB). Nach langen und kontroversen Verhandlungen konnten die Delegationen eine politische Einigung über die Lebensmittelinformations-Verordnung erzielen. Ohne weitere Aussprache beschlossen die Minister, die in zweiter Lesung erfolgten Änderungen des Europäischen Parlamentes (EP) am Gesetzgebungsvorschlag zur Revision der Novel-Food-Verordnung abzuleh-



nen und im Vermittlungsverfahren weiter zu beraten. Außerdem nahm der Rat Schlussfolgerungen zu Investitionen in Europas Gesundheitspersonal, zu innovativen Arzneimitteln, zu innovativen Behandlungsansätzen für chronische Krankheiten und zur Versorgungssicherheit mit Radioisotopen an. Ferner diskutierten die Gesundheitsminister über die Erfahrungen mit der A/H1N1-Pandemie und über die Einrichtung eines Mechanismus für die gemeinsame Beschaffung von Impfstoffen und antiviralen Arzneimitteln. Weitere Themen bildeten ein Bericht über Gesundheitsversorgungssysteme in Europa und der Gesetzgebungsvorschlag zu Patienteninformationen über verschreibungspflichtige Arzneimittel. Abschließend informierte die ab dem 01.01.2011 amtierende ungarische Ratspräsidentschaft kurz über ihr Arbeitsprogramm.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/lisa/118254.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/118254.pdf)

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/lisa/118258.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/118258.pdf)

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/lisa/118280.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/118280.pdf)

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/lisa/118278.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/118278.pdf)

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/lisa/118282.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/118282.pdf)

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/trans/118234.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/118234.pdf)

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/118273.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/118273.pdf)

## **BERICHT DER EUROPÄISCHEN UMWELTAGENTUR ZU ZUSTAND UND ZUKUNFT DER UMWELT**

Die Europäische Umweltagentur (EUA) hat am 30.11.2010 ihren vierten Bericht „Die Umwelt in Europa – Zustand und Ausblick“ (SOER 2010) veröffentlicht. Der Bericht enthält Bewertungen zum aktuellen Zustand der Umwelt Europas, Prognosen und Handlungsempfehlungen. Ein Mehr an ressourceneffizienter „grüner“ Wirtschaft kann nicht nur zu einer gesunden Umwelt führen, sondern auch den Wohlstand und sozialen Zusammenhalt fördern, so eine Schlussfolgerung im SOER 2010. Außerdem muss sich der Verbrauch von Wasser, Energie oder Boden im Preis der einzelnen Produkte niederschlagen,



wenn mit natürlichen Ressourcen effizienter umgegangen werden soll. Der Bericht bestätigt aber auch, dass gute umweltpolitische Strategien die Umwelt Europas kontinuierlich verbessern, ohne dabei das Wachstumspotential zu schmälern. So habe die EU bei der Verringerung von Emissionen und dem Ausbau erneuerbarer Energien Fortschritte gemacht.

[http://www.eea.europa.eu/soer/synthesis/translations/die-umwelt-in-europa-2014/at\\_download/file](http://www.eea.europa.eu/soer/synthesis/translations/die-umwelt-in-europa-2014/at_download/file)

### **BERICHT „GESUNDHEIT AUF EINEN BLICK: EUROPA 2010“**

Die Kommission hat am 07.12.2010 gemeinsam mit der OECD (= Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) den Bericht "Gesundheit auf einen Blick: Europa 2010" veröffentlicht, der Trends zum Thema Gesundheit beschreibt und die Gesundheitssysteme und Gesundheitsausgaben in der EU darstellt. Der Bericht stellt u.a. dar, dass 13,6 % der Erwachsenen in Deutschland fettsüchtig sind, im EU-Durchschnitt sind es 15,5 %. Damit hat sich der Anteil fettsüchtiger Menschen in den meisten Mitgliedstaaten mehr als verdoppelt. Auch bei den Kindern zwischen 11 und 15 Jahren nimmt die Zahl der Übergewichtigen zu. In Deutschland sind 12,0 % der Kinder übergewichtig oder fettsüchtig, in der EU 13,3 %.

[http://ec.europa.eu/health/reports/docs/health\\_glance\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/health/reports/docs/health_glance_en.pdf)

### **ZWEITER EU-GESUNDHEITSPREIS FÜR JOURNALISTEN AUS ITALIEN, TSCHECHIEN UND DÄNEMARK**

Am 30.11.2010 wurden in Brüssel zum zweiten Mal europäische Journalisten ausgezeichnet, die ihre Arbeit Fragen der gesundheitlichen Versorgung und Patientenrechten widmen (siehe auch EB 06/2010). Insgesamt hatten sich 438 Autoren aus allen Mitgliedstaaten mit insgesamt 745 Artikeln beworben. Der italienische Beitrag „Enttäuschte Hoffnungen“ von *Gianluca Ferraris* und *Ilaria Molinari* wurde von der neunköpfigen EU-Jury unter dem Vorsitz von *Andrzej Rys*, dem Direktor für öffentliche Gesundheit und Risikobewertung in der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz der Kommission, zum Sieger gekürt. Der Artikel thematisiert Kliniken, die chronisch kranken Patienten teure Therapien ohne Wirksamkeitsnachweis anbieten.

[http://ec.europa.eu/health-eu/journalist\\_prize/2010/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/health-eu/journalist_prize/2010/index_de.htm)





### **RAT UNTERSTÜTZT VERBOT VON MEPHEDRON IN DER EU**

Der Justizministerrat hat am 03.12.2010 auf Vorschlag der Kommission einen Beschluss gefasst, in dem die nationalen Regierungen dazu aufgerufen werden, 4-Methylmethcathinon (Mephedron) Kontrollmaßnahmen und strafrechtlichen Sanktionen zu unterwerfen. In 12 EU-Mitgliedstaaten ist Mephedron derzeit noch immer legal (s. EB 18/2010).

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/10/st16/st16523.en10.pdf>

### **KOMMISSIONSDOKUMENT ZUR BIENENGESUNDHEIT ANGENOMMEN**

Die Kommission hat am 06.12.2010 eine Reihe von spezifischen Maßnahmen vorgestellt, um die Gründe für die in verschiedenen Ländern der Welt auftretende erhöhte Bienensterblichkeit besser zu erforschen. Bisher konnten wissenschaftliche Studien weder die Ursache noch das genaue Ausmaß des Problems ermitteln. Die Bienenzucht ist in der EU weit verbreitet: es gibt etwa 700.000 Imker von denen die Mehrzahl die Imkerei allerdings als Hobby betreibt. *John Dalli*, Kommissar für Gesundheit und Verbraucherpolitik erklärte: „Die heute angenommene Mitteilung wird die Diskussion zur Bienengesundheit mit allen interessierten Kreisen verbessern und könnte den Weg für mehr EU-Maßnahmen ebnen“ (s. hierzu auch den Beitrag des StMELF in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/food/animal/liveanimals/bees/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/food/animal/liveanimals/bees/index_en.htm)

### **KOMMISSION LEGT MITTEILUNG ZUR DONAUSTRATEGIE VOR**

Die Kommission hat am 09.12.2010 die seit langem angekündigte Mitteilung zur Donaustrategie (Strategie der Europäischen Union für den Donaoraum“; KOM (2010) 715/4) vorgestellt. Die Strategie besteht aus einer Mitteilung, die die strategische Ausrichtung der Initiative beschreibt sowie einem Aktionsplan mit konkreten Projekten für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Donaoraum. Der Aktionsplan selbst beruht auf vier thematischen Säulen (Anbindung des Donaoraums, Umweltschutz, Aufbau von Wohlstand und Stärkung der Donaoraumregion) die jeweils mehrere Prioritätenfelder umfassen. Im Bereich Umweltschutz sollen hierfür drei Kernpunkte verfolgt werden: die Wiederherstellung der Wasserqualität, das Management von Umweltrisiken und der Erhalt der Artenvielfalt (s. hierzu auch den Beitrag des StMIVT in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/cooperation/danube/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperation/danube/index_en.htm)



Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

### **DIGITALE AGENDA: ERGEBNISSE DES EUROPÄISCHEN RATS FÜR TELEKOMMUNIKATION AM 03.12.2010 IN BRÜSSEL**

Der Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie nahm in seiner Sitzung am 03.12.2010 in Brüssel die Ratsschlussfolgerungen zu Synergieeffekten zwischen den Leitinitiativen der Strategie Europa 2020 „Eine Digitale Agenda für Europa“ und „Innovationsunion“ sowie – die Ratsschlussfolgerungen zur Europäischen Strategie im Bereich Breitbandnetze an. Zum Fortschrittsbericht der Präsidentschaft zum „Ersten Programm für die europäische Funkfrequenzpolitik“ (RSPP: Radio Spectrum Policy Programme) vertraten alle Teilnehmer die Auffassung, dass damit grundsätzlich ein wichtiger Beitrag zur Digitalen Agenda und zur EU 2020-Strategie geleistet werden könne. Der Entwurf des RSPP wurde jedoch in vielen Punkten als überarbeitungsbedürftig angesehen, wie bspw. die Frist der Öffnung des 800-MHz-Bandes für drahtlose Breitbandkommunikation, zur Inventarisierung der bestehenden Frequenznutzungen durch die Kommission und zur Frage der zukünftigen Rolle der Europäischen Union in internationalen Verhandlungen. Weiteres Diskussionsthema war das Roaming, wobei die Frage der Notwendigkeit zukünftiger Regulierung des Roamings – insbesondere auch des Datenroamings – uneinheitlich beurteilt wurde.

<http://www.highbeam.com/doc/1G1-174020947.html>

[www.bis.gov.uk/files/file46498.doc](http://www.bis.gov.uk/files/file46498.doc)

[http://www.nis-summer-school.eu/nis09/docs/nis\\_programme.pdf](http://www.nis-summer-school.eu/nis09/docs/nis_programme.pdf)

### **KOMMISSIONSBERICHT ZU BREITBAND VERÖFFENTLICHT: ZAHL DER BREITBANDANSCHLÜSSE WÄCHST LANGSAM ABER STETIG**

Nach den am 25.11.2010 von der Kommission veröffentlichten Statistiken ist die Verbreitung von Mobilfunk-Breitbandanschlüssen in Europa weiter gestiegen. Neun EU-Staaten, darunter auch Deutschland und Frankreich, weisen dem Bericht zufolge sogar eine bessere Breitbandverbreitung auf als die USA (26,4 Anschlüsse auf 100 Einwohner). Dabei wird als Definition eine Geschwindigkeit von mehr als 144 KB/Sek. zugrundegelegt, jedoch sind danach heute Breitbandverbindungen in Europa viel schneller als noch vor einem Jahr. Im Juli 2010 erlangte demnach jeder dritte europäische Breitbandanschluss eine Übertragungsgeschwindigkeit von mindestens 10 Megabit pro Sekunde



(Mbit/s), während es 2009 noch 15 % waren.

[http://ec.europa.eu/information\\_society/newsroom/infocentre/detail.cfm?id=6502](http://ec.europa.eu/information_society/newsroom/infocentre/detail.cfm?id=6502)

### **EP VERABSCHIEDET ENTSCHEIDUNG ZUR UNABHÄNGIGKEIT UND FINANZIERUNG DER ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN RUNDFUNKANSTALTEN**

Das EP hat am 25.11.2010 eine Entschließung „Zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk im digitalen Zeitalter: die Zukunft des dualen Systems“ verabschiedet. Der Beschluss basiert auf einem von *Ivo Belet*, MdEP erarbeiteten Berichtsentwurf, den der Ausschuss für Kultur und Bildung am 28.09.2010 im EP angenommen hatte (EB 17/10).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0438+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### **PODIUMSDISKUSSION ZUM THEMA „DER SCHUTZ DES URHEBERS IN DER DIGITALEN GESELLSCHAFT“ AM 01.12.2010 IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG IN BRÜSSEL**

Die Podiumsdiskussion zum Thema „Der Schutz des Urhebers in der digitalen Gesellschaft“ fand auf Einladung der Bayerischen Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, *Emilia Müller*, und des Vorstandsvorsitzenden der GEMA, *Dr. Harald Heker*, am 01.12.2010 in der Vertretung des Freistaates Bayern bei der Europäischen Union in Brüssel statt. Sie gab einen Überblick über die Vorteile, Chancen und Herausforderungen der digitalen Revolution für Urheber und Nutzer.